

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

17. WP - 38. Sitzung

am Donnerstag, dem 3. Februar 2011, 10 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Peter Sönnichsen (CDU)

Vorsitzender

Johannes Callsen (CDU)

Astrid Damerow (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Oliver Kumbartzky (FDP)

Katharina Loedige (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ulrich Schippels (DIE LINKE)

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Kurzbericht des Finanzministers über den vorläufigen Jahresabschluss 2010</b>	<b>5</b>
Vorlage des Finanzministers Umdruck 17/1812	
<b>2. Zustimmung zum Grundstückstausch zwischen dem Herzog von Oldenburg und den Schleswig-Holsteinischen Landesforsten (AöR) gem. § 3 Abs. 6 Satz 1 des Anstaltserrichtungsgesetzes vom 13.12.2007</b>	<b>6</b>
Vorlage des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume Umdruck 17/1811	
<b>3. Küstenschutzabgabe</b>	<b>9</b>
Vorlage des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume Umdruck 17/1705	
<b>4. Höhe des Schülerkostensatzes für Förderzentren mit dem Schwerpunkt Lernen</b>	<b>10</b>
Vorlage des Bildungsministeriums Umdruck 17/1706	
<b>5. Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Landeshaus- haltsordnung (LHO) und der Gemeindeordnung (GO)</b>	<b>11</b>
Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/880	
(überwiesen am 7. Oktober 2010 an den Innen- und Rechtsausschuss und den Fi- nanzausschuss)	
hierzu: Umdrucke <a href="#">17/1518</a> , <a href="#">17/1606</a> , <a href="#">17/1633</a> , <a href="#">17/1663</a> , <a href="#">17/1664</a> , <a href="#">17/1670</a>	

**6. Umstellung der Altersversorgung der Landesministerinnen und Landesminister sowie Staatssekretärinnen und Staatssekretäre** 12

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/464

(überwiesen am 16. Juni 2010)

**7. Information/Kenntnisnahme** 13

Umdruck 17/1704 - Beschaffungswesen und Innenrevision bei den Hochschulen  
Umdruck 17/1801 - JVA Flensburg

**8. Verschiedenes** 14

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Kurzbericht des Finanzministers über den vorläufigen Jahresabschluss 2010**

Vorlage des Finanzministers  
Umdruck 17/1812

M Wiegard informiert den Ausschuss über den vorläufigen Jahresabschluss 2010, Umdruck 17/1812. Auf Fragen der Abgeordneten antwortet er, man stelle sich darauf ein, dass die Niedrigzinsphase spätestens 2012 enden werde. Die Höhe des strukturellen Defizits, das bei 1,12 Milliarden € beziehungsweise nach der Berechnungsmethode des Bundes, die man für ungeeignet halte, allerdings zur Einhaltung des Abbaupfads zugrunde legen müsse, 1,31 Milliarden € betrage, liege im zulässigen Rahmen. Die Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund sehe vor, dass das Verfahren nach drei Jahren überprüft werde (Revisionsklausel) und unvorhersehbare, besondere Entwicklungen in die Beratung des Stabilitätsrats einfließen. Man wolle versuchen, 2012 wieder ein positives operatives Ergebnis zu erreichen. Für die Klage der drei Geberländer Bayern, Baden-Württemberg und Hessen gegen den Länderfinanzausgleich in seiner jetzigen Form habe er Verständnis. In einer neuen Föderalismusrunde müsse man sich auf das Auslaufen der Sonderergänzungszuweisungen Aufbau Ost und das Auslaufen des jetzigen Länderfinanzausgleichs 2019 vorbereiten. Außerdem dürfe der Länderfinanzausgleich kein Hinderungsgrund für die Fusion von Bundesländern sein. Schleswig-Holstein sei bereit, über die Finanzbeziehungen zwischen den Ländern und mit dem Bund ohne Vorbedingungen offen zu sprechen. Er werde den Finanzausschuss über den Diskussionsstand auf dem Laufenden halten.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht Umdruck 17/1812 zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Zustimmung zum Grundstückstausch zwischen dem Herzog von Oldenburg und den Schleswig-Holsteinischen Landesforsten (AöR) gem. § 3 Abs. 6 Satz 1 des Anstaltserrichtungsgesetzes vom 13.12.2007**

Vorlage des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume  
Umdruck 17/1811

St Rabiüs führt in die Vorlage Umdruck 17/1811 ein. Die Landesregierung unterstütze die Revitalisierung des Bungsbürgs aus tourismus- und walddpolitischen sowie umweltpädagogischen Gründen. Voraussetzung für Investitionen zur Attraktivitätssteigerung, die durch AktivRegion-Mittel gefördert werden könne, sei der Flächentausch mit dem Herzog von Oldenburg. Die Sparkassenstiftung Ostholstein habe zugesagt, die Freifläche inklusive der Gebäude für Zwecke der touristischen, gastronomischen und walddpädagogischen Nutzung zu erwerben. Für den Fall, dass die Stiftung wider Erwarten nicht in das Projekt einsteige, habe man eine Rückabwicklungsklausel vorgesehen.

Abg. Dr. Habeck bittet darum, die Beschlussfassung über die Vorlage bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen, um den Fraktionen ausreichend Gelegenheit zur Beratung zu geben.

Abg. Harms möchte wissen, wie mögliche Folgekosten der Maßnahme für das Land ausgeschlossen würden.

Abg. Koch kommt zu dem Ergebnis, dass der Grundstückstausch finanzpolitisch nicht zu beanstanden sei.

St Rabiüs macht darauf aufmerksam, nach mehrjährigen, schwierigen Verhandlungen sei jetzt eine Entscheidung erforderlich, um die Flächen möglichst schnell wieder bewirtschaften zu können und die Gespräche mit dem Investor und der Sparkassenstiftung, die die Hilfe der Anstalt Schleswig-Holsteinische Landesforsten in Anspruch nehmen wolle, erfolgreich zum Abschluss zu bringen. Die gut 30 ha Waldfläche (alter Buchenbestand) würden wirtschaftlich von der SHLF genutzt; wirtschaftliche Nachteile habe das Land durch den Tausch nicht.

P Dr. Altmann gibt die Stellungnahme für den Landesrechnungshof ab.

Mit dem Waldflächentausch habe die Anstalt Teile eines geschlossenen Waldkomplexes gegen einen Streubesitz eingetauscht und damit einen Beitrag zur Steigerung der Attraktivität des Bungsbergs geleistet. Sichergestellt werden müsse, dass nicht noch weitere Nachteile bei der Anstalt entstünden. Der Verkehrssicherungsaufwand im Wald, der im Wesentlichen durch die touristische und waldpädagogische Nutzung verursacht werde, solle nicht von der Anstalt getragen werden. Auch Leistungen der Waldpädagogik dürften nicht zulasten der Anstalt oder des Landes gehen. Letztlich müsse auch der Tauschvertrag rückabgewickelt werden, wenn die bebauten Flächen nicht weiter veräußert würden.

Abg. Herdejürgen kritisiert, dass der Finanzausschuss heute über eine Vorlage entscheiden solle, die er erst wenige Tage kenne, obwohl der Verwaltungsrat der Schleswig-Holsteinischen Landesforsten dem Grundstückstausch bereits im November 2010 zugestimmt habe. Außerdem möchte sie wissen, welche Auswirkungen es für das Gesamtprojekt hätte, wenn die Sparkassenstiftung die Flächen nicht kaufe.

Abg. Heinold fragt, ob die zum Tausch vorgesehenen Flächen tatsächlich gleich viel wert und wie viel Fördermittel zur Revitalisierung des Bungsbergs vorgesehen seien.

P Dr. Altmann bestätigt, der Landesrechnungshof habe das dem Flächentausch zugrunde liegende Wertgutachten ausgewertet und keinen Widerspruch darin gefunden. Man habe gegen den Flächentausch keinerlei Einwendungen.

St Rabiüs weist darauf hin, dass man nach dem Beschluss des Verwaltungsrats weitere Verhandlungen mit der Gemeinde habe führen müssen.

RL Thoben legt dar, man habe die Sparkassenstiftung als Träger gewonnen und in einem sogenannten Verhandlungsverfahren einen potenziellen Betreiber gefunden. Die Sparkassenstiftung werde einen siebenstelligen Eurobetrag investieren und allen Kindertagesstätten und Grundschulen im Kreis Ostholstein ein waldpädagogisches Angebot unterbreiten. Jetzt werde ein Konzept erarbeitet, für das Fördermittel in Höhe von 3 Millionen bis 4 Millionen € möglich seien.

St Rabiüs weist noch einmal darauf hin, für den Fall, dass die Sparkassenstiftung von ihrer Zusage zurücktrete, komme der Vertrag nicht zum Zuge. Die Entwicklung des Bungsbergs habe man in den letzten Jahren immer wieder im Umweltausschuss offen kommuniziert, zuletzt am 1. Dezember 2010, und das Vorhaben sei mit großer Zustimmung begleitet worden. Der Bungsberg sei geologisch und ökologisch von besonderer Bedeutung.

Herr Scherer, Direktor der Schleswig-Holsteinischen Landesforsten, macht darauf aufmerksam, man tausche Flächen mit verschiedenen Baumarten, die ähnlich lukrativ seien. Wenn die Flächen, die im Hinblick auf den Tausch in den letzten drei Jahren nicht bewirtschaftet worden seien, weiter nicht bewirtschaftet würden, drohe ein Wertverlust.

Der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Beschlussfassung über die Vorlage bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen, wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktion abgelehnt. Mit den Stimmen von CDU, FDP und SSW bei Enthaltung von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN stimmt der Finanzausschuss dem Grundstückstausch, Umdruck 17/1811, zu.



Punkt 3 der Tagesordnung:

**Küstenschutzabgabe**

Vorlage des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume  
Umdruck 17/1705

Der Ausschuss nimmt Umdruck 17/1705 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Höhe des Schülerkostensatzes für Förderzentren mit dem Schwerpunkt Lernen**

Vorlage des Bildungsministeriums  
Umdruck 17/1706

Abg. Loedige hält eine Novellierung der Privatschulförderung für dringend erforderlich.

Abg. Harms fordert das Bildungsministerium auf, zukünftig wieder zu einer übereinstimmenden Berechnungsgrundlage für alle Träger von Ersatzschulen zu kommen.

Der Ausschuss nimmt Umdruck 17/1706 zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Landeshaus-  
haltsordnung (LHO) und der Gemeindeordnung (GO)**

Gesetzesentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/880

(überwiesen am 7. Oktober 2010 an den Innen- und Rechtsausschuss und den  
Finanzausschuss)

hierzu: Umdrucke 17/1518, 17/1606, 17/1633, 17/1663, 17/1664, 17/1670

Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und SSW gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der LINKEN schließt sich der Finanzausschuss der Empfehlung des federführenden Innen- und Rechtsausschusses an, dem Landtag die Ablehnung des Gesetzesentwurfs, Drucksache 17/880 zu empfehlen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Umstellung der Altersversorgung der Landesministerinnen und Landesminister sowie Staatssekretärinnen und Staatssekretäre**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/464

(überwiesen am 16. Juni 2010)

Abg. Heinold setzt sich dafür ein, die Struktur der Altersversorgung der Minister der Altersversorgung der Landtagsabgeordneten anzupassen und den Ministern monatlich eine Summe von 1.500 € für die Altersvorsorge zu zahlen.

P Dr. Altmann weist darauf hin, dass der Gesetzgeber im Landesministergesetz nur die Versorgung der Regierungsmitglieder regeln könne und Staatssekretäre dem Landesbeamtenrecht unterlägen.

Die Fraktionen unterstützen die Intention des Antrags und wollen versuchen, sich auf eine Konkretisierung des Antrags zu verständigen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Information/Kenntnisnahme**

Umdruck 17/1704 - Beschaffungswesen und Innenrevision bei den  
Hochschulen

Umdruck 17/1801 - JVA Flensburg

Der Ausschuss nimmt beide Umdrucke zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

- a) Abg. Heinold bittet die Landesregierung, in einer der nächsten Sitzungen über die **Be-kämpfung von Geldwäsche in Deutschland** zu berichten.
- b) Auf eine Frage von Abg. Herdejürgen sagt St Dr. Bastian zu, im März 2011 über den Stand der Reform der **Steuerverwaltung** zu berichten.
- c) In der Sitzung am 3. März 2011 wird sich der Finanzausschuss mit dem Thema **Ressort-deckung von Statistiken/Statistikamt Nord** und am 10. März 2011 mit dem Thema **Data-port** (Umdruck 17/1470) befassen. Am 19. Mai 2011 findet keine Finanzausschusssitzung statt.

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, schließt die Sitzung um 11:45 Uhr.

gez. Peter Sönnichsen

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer